

Soziale Sicherheit für alle, weltweit

Werner Rätz

I. Menschenwürde und soziale Sicherheit

1. Menschenrechte gelten bedingungslos

Menschen benötigen in der modernen Gesellschaft ein Einkommen. Das war nicht immer so und ist auch heute noch für einen erheblichen Anteil der Menschheit nur sehr bedingt so. In anderen Gesellschaftsformen war das Überleben der meisten Menschen nicht an Geld geknüpft. Vielmehr standen die materiellen Mittel des Überlebens, Nahrung, Wohnung, Kleidung, im Vordergrund und wurden mir der produktiven Tätigkeit der Menschen unmittelbar hergestellt. Geld war für die meisten lediglich eine Ergänzung dazu, für viele spielte es überhaupt gar keine Rolle. Auch heute noch leben viele Menschen weltweit von so genannter Subsistenz, also im Wesentlichen von selbst produzierten Nahrungsmitteln. Schätzungen über ihre Zahl gehen bis zu drei Milliarden Personen, die ausschließlich oder überwiegend auf diese Form des Überlebens angewiesen sind (Roth, S.35).

Aber ihre Zahl schrumpft und die Mehrzahl benötigt ein Geldeinkommen, um sich die Dinge des täglichen Bedarfs beschaffen zu können. In den industrialisierten Gesellschaften gilt das für praktisch jede und jeden. Die Möglichkeiten eines Lebens ohne Geld sind hier zu Lande höchst beschränkt, der so erreichbare Lebensstandard entsprechend gering. Nicht alles, was wir zum Leben brauchen, kostet Geld: Luft und Liebe sind noch umsonst, wobei das bei der Luft sich schon zu ändern beginnt: Der Handel mit Verschmutzungsrechten kann ja durchaus als Einstieg in einen Prozess gesehen werden, der die Atemluft zur Ware, die ihren Preis hat, verwandelt. Wem das übertrieben erscheint und wer meint, Luft könne nicht käuflich werden, könnte sich bald schon in der Lage der amerikanischen Ursprungsbevölkerung wieder finden, die bei Ankunft der Europäer auch der festen Überzeugung war, Land könne kein Privatbesitz sein.

Was ist noch umsonst? Teilweise die Fortbewegung, allerdings sehr abhängig von der Entfernung. Je weiter weg ich will, desto sicherer muss ich dafür zahlen. Teilweise Kultur, Kommunikation, Zugang zu Wissen. (Zur Bedeutung gesellschaftlicher Infrastruktur vergleiche links-netz.) An diesen Beispielen wird schon deutlich, dass vieles, was für die Benutzerinnen umsonst erscheint, gar nicht umsonst ist, sondern der Preis lediglich von jemand Drittem bezahlt wird, manchmal vom Anbieter der Gutes, etwa wenn mich jemand an seinem Wissen teilnehmen lässt, meist aber von der Gesellschaft, also in der Regel dem Staat. Zweifellos aber müssen wir das meiste, das wir so täglich für ein halbwegs angenehmes Leben benötigen, mittelbar oder unmittelbar bezahlen. Dabei kann man, je nach Ansprüchen und Qualität des Produkts oder der Dienstleistung, zwar sparen, aber keineswegs die Geldausgabe ganz vermeiden. Wie kommen wir an das Geld? Wer kein Vermögen hat, benötigt ein Einkommen.

Und wie kommen wir an ein Einkommen? Da gibt es nun zwar grundsätzlich viele Möglichkeiten, aber tatsächlich sind sie alle an Erwerbsarbeit gebunden. Das gilt nicht nur für alle Formen selbstständiger oder abhängiger Tätigkeiten, sondern auch für staatliche Transfereinkommen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II oder für Renten und Pensionen, die meist frühere Erwerbsarbeit voraussetzen. Dabei führen die unterschiedlichen Tätigkeiten zu höchst unterschiedlichen Einkommen. Und die Höhe der Einkommen steht keineswegs in einem erkennbaren Verhältnis zur Beschaffenheit der Tätigkeit. Weder die Schwierigkeit der

Tätigkeit noch ihr Beitrag zum allgemeinen Wohlbefinden noch ihre gesellschaftliche Notwendigkeit führen unmittelbar zu einem höheren Einkommen: Der Müllmann verdient nicht mehr als die Bürokauffrau, die Frisörin nicht mehr als der Gerichtsvollzieher, die Altenpflegerin nicht mehr als der Entwickler von Atombomben.

Dafür sind die Risiken, seine Arbeit und damit sein Einkommen zu verlieren, höchst unterschiedlich. Hier allerdings ist so etwas wie eine Faustregel erkennbar: Wer ein niedrigeres Einkommen hat, also besonders auf den Erhalt desselben angewiesen ist, hat im Allgemeinen ein höheres Einkommensrisiko (attacAG genug-fuer-alle).

Das ist menschenrechtlich betrachtet ein Skandal. Es kann keine sinnvolle Regelung sein, die die Bedürftigsten und Verletzlichsten am schlechtesten stellt. Menschen haben, allein weil es sie gibt, lediglich auf Grund ihrer Existenz, ein Recht auf ein halbwegs anständiges Leben. Die einzige Einschränkung, die es dafür geben kann, ist, dass die überhaupt vorhandenen Mittel einer Gesellschaft nicht dafür ausreichen. Davon aber kann heute keine Rede sein. Nicht nur in unserem reichen Land, auch weltweit war der vorhandene Reichtum noch niemals so groß. Es gibt keinen materiellen Grund dafür, dass Menschen in Hunger und Elend leben müssen oder nicht am allgemeinen gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Da handelt es sich um Fragen der Verteilung, nicht des absolut Vorhandenen. Weltweit werden laut Vereinten Nationen aktuelle Nahrungsmittel für über elf Milliarden Menschen produziert, dass da fast eine Milliarde hungern, viele verhungern müssen, ist durch nichts zu rechtfertigen. Wer die Menschenrechte ernst nimmt, muss anerkennen, dass es Aufgabe unser aller Aufgabe ist, diesen Zustand zu beenden: Menschen brauchen ein Einkommen, bedingungslos.

Ein solches Einkommen darf auch nicht an Wohlverhalten geknüpft werden. Selbstverständlich gibt es Verhaltensweisen, die eine Gesellschaft nicht hinnehme kann. Dabei geht es nicht nur um kriminelle Handlungen, sondern auch um bestimmte unsoziale Haltungen. Und Gesellschaften haben immer auch solche sozialen Normen gesetzt, deren Einhaltung sie eingefordert haben. Bei uns gehört dazu beispielsweise das Verbot des Konsums bestimmter Drogen oder das Verlangen der Arbeitswilligkeit oder auch die Definition mancher ungewöhnlicher Verhaltensweisen als krank und behandlungsbedürftig. Wir haben uns Sanktionen ausgedacht, mit denen diese Anforderungen durchgesetzt werden. Das kann man im Einzelfall für sinnvoll oder unsinnig halten, grundsätzlich aber ist zweierlei dazu zu sagen: Zum einen sind Regeln des sozialen Zusammenlebens unerlässlich und es muss auch Wege geben, wie man ihre Einhaltung einfordern kann. Zum anderen aber darf das niemals dazu führen, dass Menschen deshalb, weil sie sich diesen Regeln nicht anpassen, ihre Menschenwürde und ihre Rechte abgesprochen bekommen.

Menschenrechte gelten bedingungslos (Zur grundsätzlichen Bedeutung dieser Debatte siehe Dieckmann). Sie sind an keine Pflichten gebunden. Im Gegenteil, sie müssen sich gerade dort bewähren, wo Individuen sich nicht regelgerecht verhalten. Menschenrechte haben auch Vorrang vor allen anderen Solidaritäten. Sie dürfen nicht eingeschränkt werden, weil einem Menschen auch andere Möglichkeiten zur Verfügung ständen. Nicht eine Familie oder ein Paar oder einen Bedarfsgemeinschaft sind Trägerinnen der Menschenrechte, sondern allein das einzelne Individuum. Und dieses Individuum braucht in unserer Welt ein Einkommen, um halbwegs menschenwürdig leben zu können. Deshalb sind alle Regelungen menschenrechtswidrig, die den Einzelnen dieses Einkommen vorenthalten, indem sie es an irgendwelche Bedingungen knüpfen. Keine Arbeitsunwilligkeit und keine unsoziales Verhalten, kein Alkoholmissbrauch und kein Terminversäumnis beim Arbeitsamt, kein Schmarotzertum und kein nicht legaler Aufenthalt in der Bundesrepublik kann dazu führen,

dass jemand das Recht auf ein Einkommen verliert. Solche unerwünschten Verhaltensweisen können sozialarbeiterisch oder strafrechtlich oder anderswie bearbeitet werden, aber das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und damit ein Einkommen bleibt den Betroffenen erhalten.

2. Alle Formen der Produktivität sind gleich wichtig

Die Bedeutung der Menschenrechte in unserem Zusammenhang erschöpft sich aber nicht darin, dass bestimmte Sanktionsformen und Bedingungen unakzeptabel sind. Es geht auch darum, dass die Art und Weise, wie Menschen zu Einkommen kommen, wie sich die Höhe ihrer Einkommen bestimmt, für welche Tätigkeiten überhaupt ein Einkommen gewährt wird menschenrechtlich von Bedeutung ist. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Einkommenshöhe keineswegs damit übereinstimmt, wie wichtig eine Tätigkeit für den gesellschaftlichen Zusammenhang ist. Das gleiche gilt auch für das mit einer Tätigkeit verbundene gesellschaftliche Ansehen. Keineswegs gilt als besonders bedeutsam, wer besonders notwendige Dinge tut. So mancher Moderator dämlichster Talkshows wird zur Kultfigur, während die Prostituierte sich und ihre Tätigkeit in der Regel vor der Öffentlichkeit verstecken muss. Dabei erfüllen beide jeweils ein Bedürfnis, das man nicht mögen muss, das aber in dieser Gesellschaft offensichtlich vorhanden ist.

Noch deutlicher wird das Missverhältnis, wenn wir uns anschauen, was die verschiedenen Tätigkeiten zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums beitragen. Da ist überhaupt kein Bezug zur Einkommenshöhe feststellbar, ja nicht einmal dazu, ob es für die Tätigkeit überhaupt ein Einkommen gibt. Es gibt reichlich bezahlte Tätigkeiten, die ausschließlich nicht wünschenswerte Ergebnisse produzieren. Das gilt ganz extrem für die Destruktivtechnologien Atomtechnik, Gentechnik, Rüstungsproduktion (Seibert/Rätz, These dreizehn). Hier werden riesige Einkommen erzielt und tatsächlich nur Zeug geschaffen, auf das die Welt nicht nur gut verzichten könnte, sondern das unabsehbaren Schaden anrichten kann und wird.

Dafür wird ganz vieles überhaupt nicht bezahlt, das unbedingt Notwendiges hervorbringt. Es geht hierbei vorrangig um den ganzen Bereich der so genannten Sorgearbeit, vom Aufziehen der Kinder über das Zusammenhalten der Familien bis zur Pflege der Alten und Kranken. Aber auch eine Vielzahl weiterer Tätigkeiten werden unentgeltlich erbracht, die für das Funktionieren einer Gesellschaft unverzichtbar sind. Gesellschaftliches Engagement, oft als Ehrenamt verniedlicht, bearbeitet eine unübersehbare Vielfalt von Problemen in unserer Gesellschaft. Das neugierige Erforschen und die kreative Gestaltung der eigenen Lebenswelt macht so manche bezahlte Erwerbstätigkeit überhaupt erst fruchtbar. Ohne eigene und gegenseitige Bildung und Erziehung wäre die gesamte Gesellschaft in mancherlei Beziehung überhaupt nicht funktionsfähig. Künstlerische und sportliche Betätigung, ohne Zweifel wichtige Beiträge zur Herstellung von Gesellschaftlichkeit überhaupt, werden in der Regel unentgeltlich vollbracht. „Menschen, die solchen und anderen Tätigkeiten nachgehen, tun nicht nichts, sondern leisten – konkret höchst unterschiedliche – Beiträge zur Entstehung von Gesellschaft. Auf keinen dieser Beiträge kann verzichtet werden, ihre Diskriminierung gegeneinander darf nicht akzeptiert werden.“ (Rätz 2006 S. 58))

Die üblicherweise verwandten Messgrößen für die Arbeitsleistung in einer Gesellschaft verbergen die Tatsache, dass auch heutzutage, wo Geldeinkommen die Grundlage des Überlebens der meisten Menschen darstellt, die meisten Tätigkeiten ohne Bezahlung stattfinden. Im Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind nur diejenigen wirtschaftlichen Abläufe erfasst, die in Geld bewertet werden, und zwar völlig unabhängig von ihrer Bedeutung oder Nützlichkeit. Das BIP ist eine gänzlich inhaltlere Größe, die nichts über den tatsächlich

vorhanden Reichtum oder seine konkrete Form aussagt. Man kann den Gesamtumfang aller in einem Land (oder gar weltweit) geleisteten Arbeit nicht wirklich benennen, weil es darüber keine Statistiken gibt. Aber Schätzungen gehen davon aus, dass in modernen Industriegesellschaften wie der Bundesrepublik höchstens vierzig Prozent aller notwendigen Arbeit ins BIP eingehen. Das heißt im Umkehrschluss, dass mindestens sechzig Prozent ohne Bezahlung geleistet wird.

Aber auch innerhalb der bezahlten Tätigkeiten wird Reichtum nicht einfach immer wieder neu geschaffen. Die gesellschaftliche Produktivität beruht nicht nur auf denen, die heute aktuell tätig sind, ob bezahlt oder unbezahlt. Sie ist vielmehr darauf angewiesen und bedient sich ausführlich dessen, was vorhergehende Generationen geleistet haben. „Produkte der gesellschaftlichen Tätigkeiten (sind) nicht mehr hauptsächlich geronnene Arbeit, sondern geronnenes Wissen.“ (Gorz S. 31) Wissen, auch in Maschinen geronnenes, Verfahren, Arbeitsteilungen tragen in erheblichem und immer weiter steigendem Umfang dazu bei, dass Arbeit heute jeweils sehr viel produktiver ist als vor zehn oder fünfzig oder hundert Jahren. Niemand von den heute Arbeitenden kann für sich beanspruchen, ein größeres Recht auf die Ergebnisse dieser Vorleistungen der früher Tätigen zu haben als andere. Diese Vorleistungen sind gesellschaftliches Erbe, sie gehören allen, alle müssen an ihren Früchten beteiligt werden. Das allein schon würde bedeuten, dass niemand von einem Einkommen ausgeschlossen werden darf.

Entlohnung in Geld sagt also gar nichts darüber aus, ob und inwieweit jemand an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt ist. Ich sagte schon, dass alle Tätigkeiten, die Gesellschaftlichkeit herstellen, die zur gesellschaftlichen Produktivität beitragen, notwendig sind und gleich gewichtet werden müssen. Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens bedeutet also keineswegs, dass nun einige dafür arbeiten sollen, dass andere ein Einkommen haben. Vielmehr geht es darum, dass endlich auch diejenigen ein Einkommen erhalten, denen es bisher vorenthalten wurde.

Aber auch wenn wir uns für einen Augenblick auf den Standpunkt stellen würden, dass nur diejenigen Tätigkeiten produktiv sind, die unmittelbar Reichtum herstellen, ergibt sich ein Bild, das mit der verbreiteten Vorstellung von Erwerbsarbeit nicht zusammenstimmt. In diesem Sinne produzieren nur die allerwenigsten Beschäftigten und Selbstständigen tatsächlich neuen Wert oder Mehrwert. Im marxischen Verständnis produktiv sind nur die Tätigkeiten innerhalb der unmittelbaren Produktion und ein Teil der Dienstleistungen, die innerhalb dieses Produktionsprozesses erfolgen. Alle anderen Beschäftigten und Selbstständigen leben davon, dass sie sich einen Anteil des von wenigen geschaffenen Mehrwerts direkt aneignen oder über irgendwelche Umverteilungsmechanismen wie staatliche Steuern oder betriebsinterne Abläufe oder Käufe seitens der Produktiven erhalten. Es ist offensichtlich längst gesellschaftlicher Standard, dass im unmittelbaren Sinne nur wenige den Reichtum herstellen und viele davon bezahlt werden. Dieser Mechanismus ist uns so selbstverständlich, dass er gar nicht mehr thematisiert, ja nicht einmal bemerkt wird. Es gibt also keinen prinzipiellen Grund, warum er nicht auch so ausgedehnt werden könnte, dass auch weitere Personengruppen davon erfasst würden. Es bedarf dazu lediglich eines gewissen Gewöhnungsprozesses. Grundsätzlich wird mit dieser Umverteilung von Einkommen aber nichts Neues vorgeschlagen.

3. Ausschlüsse kennzeichnen den Sozialstaat

Wer dagegen darauf beharrt, dass soziale Sicherung und Einkommen auch zukünftig ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden sein sollte, der vertritt eine faktisch unerfüllbare

Forderung, weil es Erwerbsarbeit in dem Umfang, der für Vollbeschäftigung notwendig wäre, nicht gibt und nicht wieder geben wird. Das hat mit der ungeheuer weit entwickelten Produktivität zu tun, die es uns ermöglicht, mit immer kleinerem Aufwand an Arbeit ein immer größeres Produkt herzustellen. Eine ausschließliche Orientierung auf Erwerbsarbeit wäre aber nicht nur illusionär, sie wäre auch die Fortschreibung bestimmter Ausschlüsse, wie sie für den auf Vollbeschäftigung beruhenden Sozialstaat kennzeichnend waren.

Es ist keineswegs zufällig, dass viele unbezahlte Tätigkeiten ganz überwiegend von Frauen erbracht werden. Für sie war Erwerbsarbeit nie das prägende Lebensmodell. Im alten Sozialstaat waren sie bestenfalls für „Zuverdienen“ vorgesehen, das Familieneinkommen brachte der Haushaltsvorstand nach Hause. „Das Normalarbeitsverhältnis konnte also nur auf der Basis von Geschlechterungleichheit existieren.“ (Wichterich, S. 33) Wohlgermerkt, die soziale Sicherung der Frauen blieb von bezahlter Erwerbsarbeit abhängig, aber weniger von der eigenen als vermittelt von der des Ehemannes. Noch bis 1973 benötigten verheiratete Frauen in diesem Land die Unterschrift ihres Mannes, wenn sie eine bezahlte Arbeit aufnehmen wollten. Das patriarchale Herrschaftsverhältnis wurde und wird auch in der Erwerbsarbeit getreulich abgebildet. Deshalb ist der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens keineswegs geschlechtsneutral. Und er ist auch nicht gleichgültig gegenüber anderen Abhängigkeiten.

Diese betreffen und betrafen ja keineswegs nur Menschen außerhalb des Arbeitsprozesses wie eben häufig Frauen und Kinder, Kranke, Unangepasste, irgendwie nicht Arbeitsfähige oder – willige. Sie betrafen auch die Menschen im Arbeitsleben selbst. Das Sozialstaatsversprechen beruhte ja nicht darauf, dass die Kapitalisten nun auf einmal ihre soziale Seele entdeckt hatten und ohne Gegenleistung den Beschäftigten ein gutes Leben ermöglichen wollten. Vielmehr hatte das Ganze eine unausgesprochene Vereinbarung von gegenseitiger Leistung zur Grundlage. Die Beschäftigten sagten zu, dass sie ruhig und ohne größeres Aufbegehren ihre Arbeit tun würden. Dadurch hatten die Kapitalisten den handgreiflichen Vorteil, dass ihre Betriebe produktiver arbeiten konnten als wenn die Beschäftigten dauernd aufbegehren. Das ließ sich durchaus in Mark und Pfennig feststellen. Und von diesem Zusatzgewinn gaben die Unternehmer den Beschäftigten einen Teil ab. Gutes Einkommen und staatliche Regulierung gegen Verzicht auf grundsätzliche Renitenz, so könnte man den Sozialstaatsdeal beschreiben. (vergleiche Rätz 2004 S. 90)

Nicht nur, dass der seitens des Kapitals längst aufgekündigt ist, macht es illusorisch, darauf weiter zu orientieren. Ich halte ein solches Abkommen auch nicht für wünschenswert. Zwar spricht nichts dagegen, dass man für den Verkauf seiner Arbeitskraft ein gutes Einkommen erzielt. Und grundsätzlich ist das auch nie hoch genug, so dass es richtig ist, Wege zu suchen, wie es steigen könnte. Aber die Unterwerfung unter den Arbeitsprozess ist nicht irgendein Verhalten, sondern sie ist Anpassung an konkrete Inhalte und Formen. Über Arbeit wird reglementiert, sortiert, werden Ansehen und Wertigkeiten festgelegt. Eine Gesellschaftlichkeit, die über den Verkauf der eigenen Arbeitskraft hergestellt wird, nimmt den Menschen als soziales, kommunikatives Wesen aus dem Blick und rückt stattdessen sein bloß formales Arbeitsvermögen in den Mittelpunkt. Deine Bedeutung liegt lediglich darin, dass du mit deiner Tätigkeit einen (Mehr)Wert produzieren kannst, den jemand anderes sich einsteckt. Menschenwürde, Individualität, Kreativität bedeuten in einer solchen Gesellschaft nichts, wenn es dir nicht gelingt, deine Arbeitskraft zu verkaufen. Und sie bedeuten wenig, wenn du sie nur schlecht, in miesen Jobs, für wenig Geld verkaufen kannst.

Der Arbeitsprozess selbst richtet sich nicht darauf, dass du Möglichkeiten gewinnst, dich mit deiner Umwelt auseinander zu setzen, sie verstehen zu lernen und zu gestalten. Zwar umfasst

der Arbeitsprozess auch konkrete, sinnliche Tätigkeiten, die Spaß machen und befriedigen können. Aber im Kern geht es ausschließlich darum, dass am Ende des ganzen Ablaufs das investierte Kapital als ein größeres wieder herauskommt. Dem ist alles untergeordnet, die konkrete Gestaltung aller Abläufe wie die Rolle der Beschäftigten. Daran liegt es, dass unnütze und schädliche Dinge hergestellt und Dienstleistungen angeboten werden, während Notwendiges unterbleibt. Daran liegt es, dass Lohn gedrückt, Mehrarbeit verlangt, Arbeitsprozesse verdichtet werden. Daran liegt es, dass Scheißjobs zu schlechtester Bezahlung zunehmen, statt dass so viel schwere, gefährliche, schmutzige Arbeit von Maschinen erledigt würde.

Wer eine wirkliche Debatte darüber will, welche Produkte wir brauchen, was wirklich „notwendig, die Notwendig“ (Dieckmann 2005) ist, muss auf eine andere Form von Gesellschaftlichkeit setzen. Da müsste es darum gehen, dass möglichst viele Bezüge und Beziehungen aus dem kapitalistischen Arbeitsprozess herausgelöst würden, dass Menschen sich aufeinander direkt, in ihrer Eigenschaft als soziale Wesen beziehen und nicht als Straßenbauer, Softwareentwicklerin oder Reiseleiter. Weil die Menschen ein Einkommen brauchen und dies aktuell an Erwerbsarbeit gebunden ist, sehen sie sich gezwungen, Arbeitsplätze zu verteidigen, die für nichts gut sind, die ohne Schaden wegfallen oder durch Maschinen ersetzt werden könnten. Rationalisierung ist etwas Gutes, denn sie führt zu mehr Zeit, über die wir selbst bestimmen können. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass alle Menschen über ein Einkommen verfügen, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum ermöglicht.

4. Ein Grundeinkommen nützt vielen

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist also nicht einfach nur ein Vorschlag für eine andere Regulierung von sozialer Sicherheit und Einkommen. Es würde vielmehr tief in mannigfache soziale Beziehungen eingreifen und gesellschaftspolitische Veränderungen bewirken. Deshalb ruft es Widerstände hervor und wird nicht einfach durchsetzbar sein. Ehe ich darauf zurückkomme will ich hervorheben, dass viele durch die Einführung eines Grundeinkommens etwas zu gewinnen hätten. Das ist wichtig, weil sie die Basis darstellen, von der aus man um die Durchsetzung der Forderung kämpfen kann.

Zu gewinnen hätten zunächst einmal alle diejenigen, deren Einkommen heute niedrig, unsicher, gar nicht vorhanden ist. Alle Erwerbslosen, die tagtäglich entwürdigende Prozeduren beim Arbeitsamt und bei Vorstellungen für nicht vorhandene Jobs durchlaufen müssen, könnten anfangen, diejenigen Fähigkeiten bei sich zu entwickeln, die sie sich zutrauen und die ihnen nützen. Ich bin sicher, dass das auch für die Gesellschaft von größerem Vorteil wäre, als wenn sie gezwungen werden, Arbeit zu simulieren, wo keine ist.

Zu gewinnen hätten auch alle in nervigen, schmutzigen, gefährlichen, schlecht bezahlten Jobs. Sie könnten ihrem Chef sagen, wenn das hier sich nicht ändert, dann gehe ich. Ihre Verhandlungsmacht wäre deutlich größer als heute. Es ergäbe sich vermutlich nicht nur, dass für viele Tätigkeiten mehr bezahlt werden müsste. Es spricht auch vieles dafür, dass konkrete Arbeitsabläufe spannender und interessanter gestaltet werden müssten, um überhaupt Leute zu finden, die sie machen.

Frauen und andere von einem Ernährer Abhängige hätten ebenfalls Vorteile zu erwarten. Nicht zufällig passiert es, dass Menschen mir auf die Frage, was würdest du ändern, wenn du jeden Monat bis ans Lebensende tausend Euro einfach auf dein Konto bekämst, sagen: „Ich

würde mich scheiden lassen.“ Wirtschaftliche Abhängigkeit führt auch zu persönlichen Lebenssituationen, die schwer erträglich und oft für alle Beteiligten zerstörerisch sind.

Zu gewinnen hätten schließlich alle Kreativen. Wer immer schon malen wollte oder schreiben, es aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht konnte, hätte jetzt die Gelegenheit. Wer kluge Dinge erfinden wollte, sich aber nicht traute, damit ein selbstständiges Geschäft zu eröffnen, weil der wirtschaftliche Erfolg ungewiss war, könnte das jetzt riskieren. Wer immer schon studieren, etwas Neues lernen, philosophischen oder wissenschaftlichen Fragen auf den Grund gehen wollte, aber niemanden fand, der sie dafür bezahlte, wäre jetzt auf keinen Sponsor mehr angewiesen.

Das hätte selbstverständlich auch erhebliche Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft. Sie wäre offener, emanzipationsfreundlicher, sozialer als bisher. Ob ein Grundeinkommen diese Wirkungen entfaltet, hängt erheblich von seiner Höhe ab. Nur wenn es existenzsichernd ist, erfüllt es den formulierten menschenrechtlichen Anspruch, weil es umfassende Teilhabe ermöglicht. Pläne wie die des thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus, der achthundert Euro zahlen will, von denen dann zweihundert sofort für die Krankversicherung weggenommen werden (siehe Althaus), sind nichts anderes als Verarmungsprogramme, die die Menschen noch schlechter stellen als unter Hartz IV. Davon muss man sich scharf abgrenzen, wenn einem an einer emanzipatorischen Wirkung des Grundeinkommens gelegen ist.

Es ist hier auf einen Aspekt hinzuweisen, den ich oben schon einmal angedeutet habe. Ich kann das hier nicht weiter ausführen, es muss aber bei allen Diskussionen um soziale Sicherheit mit bedacht werden, dass man sich jede Lösung immer im weltweiten Rahmen vorstellen muss. Das ist nicht nur aus moralischen Gründen so – und es ist eine moralische Frage, dass man nicht die soziale Sicherheit eines Teils der Welt auf Kosten eines anderen Teils errichten darf – das ist auch eine eminent politische und ökonomische Frage. Globalisierung hat die Welt so eng zusammengerückt, dass abgeschirmte Bereiche, nationale Wohlstandsinseln gar nicht mehr möglich sind. Der Vorschlag, soziale Sicherheit weiterhin an Vollbeschäftigung zu binden, muss als auf seine Tauglichkeit im globalen Maßstab abgeklopft werden.

Und das bedeutet, dass man eine Lösung für die bis zu drei Milliarden Menschen finden muss, die bisher in Subsistenzlandwirtschaft leben. Alles, was die produzieren, wäre von etwa fünfzig Millionen Beschäftigten in moderner Agrarproduktion herzustellen. Wo sollen für die ganzen Freigesetzten Erwerbsarbeitsplätze herkommen? Was würde das, selbst wenn es machbar wäre, ökologisch mit unserer Erde machen, wenn eine weitere Milliarde Beschäftigte in Vollzeit Dinge produzierte, die verkauft werden müssen? Heute schon wird zu viel und nicht zu wenig produziert. Es geht darum, dass alle Menschen einen Zugang zu dem längst und im Überfluss vorhandenen Reichtum bekommen. Dazu brauchen sie ein Einkommen, und zwar weltweit. So ist es nicht verwunderlich, dass die Durchsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens in manchen Ländern des Südens am weitesten fortgeschritten ist.

II. Praktische Umsetzung und Kämpfe

1. Eine Idee, kein Modell

Ich sagte schon, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht einfach nur als eine andere Regelung der sozialen Frage begriffen werden kann, sondern sehr weitgehende Konsequenzen für den gesamten Zusammenhang der Gesellschaft hat. Daraus ergeben sich Konsequenzen

dafür, wie ein solcher Vorschlag umzusetzen ist. Niemand weiß genau, wie eine Gesellschaft mit einem bedingungslosen Grundeinkommen aussehen würde, weil es noch niemals eine gab. Wir können uns Vorstellungen davon machen und auch ich habe hier ja ein paar Erwartungen geäußert. Man könnte auch andere hegen und das geschieht auch. Um es an nur einem Beispiel zu verdeutlichen: Es könnte sein, dass Menschen mit Grundeinkommen ihrem Chef sagen, ich arbeite nicht für so wenig Geld. Das werden sicher auch einige tun. Es könnte aber auch sein, dass andere sich sagen, ich brauche zum Leben so und so viel, sagen wir mal 1500 Euro, ich bekomme schon tausend Euro Grundeinkommen, also arbeite ich auch für fünfhundert halbtags, wo ich bisher 1500 Vollzeit erwartet hätte. Ob also bestimmte Jobs besser bezahlt werden müssen, steht nicht vorher fest, sondern hängt davon ab, wie viele Menschen sich für welche Möglichkeit entscheiden.

Ein Grundeinkommen funktioniert also nicht so, dass man sich ein Modell ausdenken könnte und es dann einfach verwirklicht. Das wäre nicht einmal wünschenswert, wenn man es politisch durchsetzen könnte. Derart weitgehende Eingriffe in gesellschaftliche Strukturen müssen vorher gut bedacht und durchdiskutiert werden. Tatsächlich ist der Streit, den es gesellschaftlich um das Grundeinkommen gibt, ein wichtiger Teil seiner Produktivkraft. So wird die gesellschaftliche Debatte darüber gefördert, wie wir eigentlich leben und arbeiten wollen. Wir haben in dieser Diskussion die Gelegenheit, uns bewusst Rechenschaft darüber zu geben, welche Erwartungen wir an gesellschaftliche Regulierungen haben. Heute leben wir in einer Situation, in der Gesellschaft über die Erwerbsarbeit hergestellt wird. Das macht vielerlei mit uns, ohne dass wir uns dessen normalerweise bewusst wären. Die Auseinandersetzung um das Grundeinkommen gibt uns die Möglichkeit bewusster Gestaltung und politischer Entscheidung. Damit ist die Forderung ein wichtiger Teil zur Demokratisierung unserer Gesellschaft schon lange vor ihrer Umsetzung.

Damit weist ein Grundeinkommen „über die bestehende Gesellschaft hinaus“ (Seibert/Rätz S. 260). Das bedeutet nicht, dass seine Einführung im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich wäre. Ob sie durchsetzbar ist, ist damit nicht gesagt, aber grundsätzlich kann man sich eine kapitalistische Gesellschaft mit Grundeinkommen sehr wohl vorstellen. Es gibt in der Szene der Befürworterinnen und Befürworter der Idee ja auch einige, die ausdrücklich solche Vorschläge machen, die den Kapitalismus nicht etwa abschaffen, sondern geradezu vollenden sollen. Ich will mich hier nicht über deren Realismus auslassen, aber wer ernsthaft davon ausgeht, dass ein ausreichendes Einkommen zu einem menschenwürdigen Leben ein Menschenrecht ist, hat einen Kerngedanken des Kapitalismus nicht verinnerlicht, nämlich dass alles und alle sich zuallererst auf dem Markt zu bewähren hat.

Diese Spannung zwischen innerkapitalistischer Machbarkeit und gesellschaftssprengender Perspektive, wie sie in der Grundeinkommensszene vorhanden ist, ist nur auszuhalten, wenn und insoweit das Grundeinkommen als Idee, als eine Forderung, die die Richtung des Denkens und Überlegens angibt, betrachtet wird. Dort, wo daraus ein Modell, ein Programm zur sofortigen Verwirklichung wird, gibt es Widersprüche, die Gemeinsamkeit zwischen den verschiedenen Verständnissen verhindern. Mir scheint es bedeutsam, dass das nicht zu schnell geschieht. Es ist sicher noch eine sehr viel gründlichere Beschäftigung mit der Idee notwendig, als sie bisher stattgefunden hat, bis es stabile Mehrheiten dafür gibt, dass mit einem Grundeinkommen tatsächlich der Weg hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft beschritten werden soll.

2. Vorhandenes festhalten

Diese Verortung des Grundeinkommens als Richtungsforderung macht es notwendig, sich zu den vorhandenen Systemen und Elementen sozialer Sicherung zu verhalten. Wenn das Grundeinkommen nicht einfach an ihre Stelle treten soll, dann müssen seine Befürworterinnen deutlich machen, dass sie auch aktuell in den Auseinandersetzungen um die Demontage der Sozialsysteme eine Position für ihre Erhaltung einnehmen. Eine menschenrechtliche Argumentation, wie ich sie dargelegt habe, kann selbstredend die absehbare Altersarmut durch immer neue Rentenkürzungen ebenso wenig hinnehmen die Zerstörung eines Gesundheitswesens, das alles medizinisch Notwendige und Sinnvolle zur Verfügung stellt. Dass die Zustände im Pflegebereich allen menschenrechtlichen Standards Hohn sprechen ist aus dieser Sicht ebenso inakzeptabel wie die systematische betriebene Verarmung der Arbeitslosenhaushalte.

Nicht nur das Ob und die Höhe, auch die Frage des Wie sozialer Sicherung ist von diesem Standpunkt aus von Belang. Bisher funktionierten Renten- und Gesundheitsfinanzierung in der BRD nach dem so genannten Umlageverfahren, also so, „dass die Einnahmen in jedem Jahr vollständig für die Ausgaben desselben Jahres verwendet werden“ (attac Deutschland). Ihr Umbau zur Kapitaldeckung kommt ihrer tatsächlichen Zerstörung gleich. Es geht dabei nicht nur darum, dass Kapitaldeckung immer bedeutet, da sitzt noch eine im Boot der sein Schäflein ins Trockene bringen, also kräftig mit verdienen will. Damit werden die für die eigentlichen Aufgaben verfügbaren Gelder weniger. Viel wichtiger noch ist, dass Logik und Ziel des ganzen Systems sich ändern. Im Umlageverfahren, bei der Rente ist es besonders gut zu sehen, passiert ökonomisch nichts anderes, als dass eine das Geld verdient und ein anderer es ausgibt. Die Beschäftigten zahlen in eine Kasse, aus der unmittelbar die Berechtigten ihre Rente beziehen. Das ist so, wie wenn ich meinen Kindern Taschengeld gebe oder meine Frau mir Haushaltsgeld. Die Logik ist, dass Einkommen geteilt wird, der Zweck ist, dass von dem, was da ist, die vorhandenen Bedürfnisse befriedigen können. Anders in der Kapitaldeckung. Da gehen die Beiträge in einen Fonds und der macht Geschäfte damit. Er legt das Geld auf den Finanzmärkten an und nun ist es Kapital und unterliegt dessen Logik. Das heißt, es muss am Ende größer herauskommen als es hineingegangen ist. Nun ist der Zweck nicht mehr Befriedigung konkreter Bedürfnisse sondern abstrakter Gewinn. Die Menschen sind aus dem Blick.

Es geht also nicht nur darum, dass Befürworterinnen eines bedingungslosen Grundeinkommens sozialstaatliche Regelungen verteidigen müssen, solange es keine besseren gibt. Das ist sicher auch so. Es wäre mehr als fahrlässig, bestehende Sicherheiten aufzugeben ohne dass man etwas Besseres wirklich fest in der Hand hätte. Bestehendes mag noch so unvollkommen und kritikwürdig sein, besser ist allemal eine halbe als gar keine soziale Sicherung. Nein, es geht auch um den inneren Funktionskern der Sozialsysteme in Deutschland. Obwohl da Geld im Spiel ist, also die abstrakte Form des gesellschaftlichen Reichtums, richtet sich seine Ausgabe auf benennbare Bedürfnisse, also die konkrete Form des Reichtums. Auf diesen Unterschied ist zurückzukommen.

Ein Problem besteht sicherlich darin, dass bisher die Finanzierung der Sozialsysteme in Deutschland allein aus einem Teil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit erfolgt. Ausgenommen sind damit alle Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, aber auch aus Kapital- und sonstigem Vermögen. Ausgenommen sind auch Arbeitseinkommen aus so genannter geringfügiger Beschäftigung und ab einer Höhe jenseits der Beitragsbemessungsgrenze. Damit kommen auf die schrumpfende Zahl der Bezieherinnen mittlerer Erwerbseinkommen immer höhere Belastungen zu, die kaum noch bezahlbar sind. Diese Problem kann aber meiner Meinung nach nur gelöst werden, indem man alle

Einkommen in voller Höhe beitragspflichtig macht und nicht, indem man die gesamte soziale Sicherung an eine Finanzierung aus staatlichen Steuern bindet.

Eine solche Umstellung auf Steuerfinanzierung wäre nicht nur den wechselnden Launen der Finanzpolitiker unterworfen, sie würde auch Systeme, die bisher grundsätzlich zwar staatlich überwacht und garantiert, nicht aber staatlich gestaltet, sondern selbstverwaltet werden, wieder unmittelbar in staatliche Verfügung überführen. Dabei ist die relative Staatsferne gerade ein Potential der deutschen Sozialversicherungen, das es auszubauen und nicht zu beschneiden gilt. Es wäre sogar ernsthaft zu prüfen, ob nicht auch das Grundeinkommen einmal in einer solchen Bürgerversicherung organisiert werden könnte, wie manche Vorschläge das vorsehen.

3. Infrastruktur

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens ist also durchaus davon abhängig, welche sozialen Regulierungen jeweils schon existieren. Seine Einführung muss darauf Rücksicht nehmen und sinnvolles Vorhandenes integrieren. Das gilt auch schon für die Kämpfe um soziale Absicherungen vor Einführung eines Grundeinkommens. Dass wir für ein solches eintreten, darf uns nicht davon abhalten, für konkrete Veränderungen und Verbesserungen des Bestehenden einzutreten. Dabei ist es wichtig, auch die Schwächen des Vorschlages im Auge zu behalten. Die aus meiner Sicht gravierendste hängt mit seinem Charakter als Geldeinkommen zusammen. Geld führt auf den Markt. Dort entsteht keine neue Gesellschaft und dort findet keine Emanzipation statt. Die oben geschilderte Möglichkeit etwa der Politisierung der Frage, was wollen wir wie produzieren, ist auf dem Markt keine sinnvolle Frage. Wer in dieser Richtung weiterkommen will, muss auf die konkrete, auf die stoffliche Seite des Reichtums und der Bedürfnisse schauen.

Vieles, das wir für ein gutes Leben brauchen, hat heute Warenform, muss für Geld gekauft werden. Unumgänglich wäre das nicht. Man kann sich Sozialpolitik in weiten Teilen auch anders vorstellen. Für sehr viele Verrichtungen benötigen Menschen bestimmte Voraussetzungen, die sowohl privat wie öffentlich verfügbar gemacht werden können. Ich kann beispielsweise mit dem Privatauto irgendwohin fahren oder ich könnte auch einen öffentlichen Personenverkehr anbieten, der umfassende Mobilität ermöglicht. Das gilt ebenso für Kinderbetreuung, Bildung und für viel andere Bereiche des täglichen Lebens. Manches davon war bisher weitgehend tatsächlich in öffentlicher Hand und wird gerade erst privatisiert, anderes wie Wohnen muss bisher meist privat organisiert werden.

Ein Grundeinkommen könnte hier die Gestalt von Sachleistungen, von auf konkrete Bedürfnisse gerichteten Angeboten annehmen, wie das Erich Fromm schon in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts diskutierte (Fromm). Es ginge dabei darum, den gesellschaftlich ermittelten Bedarf für die Benutzerinnen kostenlos zur Verfügung zu stellen (vergleiche Jacks). Dadurch würde deutlich werden, dass es letztlich immer politische Entscheidungen sind, wie viel der vorhandenen Ressourcen zum Beispiel in den Wohnungsbau oder in die Gesundheitspflege fließen. Die Sichtbarmachung und Politisierung dieses Prozesses enthält ebenfalls ein demokratisches Potenzial.

Es kommt an dieser Stelle eine weitere wichtige Überlegung dazu. Menschenrechtlich ist es undenkbar, dass am gleichen Ort Menschen unterschiedliches Recht haben. Ein Grundeinkommen muss also allen hier lebenden Personen gezahlt werden. Nun gerät dieser Anspruch sofort in Konflikt mit Regelungen der gesetzlichen Aufenthaltsbefugnis. Schätzungsweise eine Million Menschen lebt in der Bundesrepublik eine rechtliche

Grundlage. Bei jedem Geldtransfer gefährden sie ihre Möglichkeit hier zu bleiben. Man könnte und müsste diesen Zustand ändern, ein Recht auf Legalisierung würde vielen helfen. Dennoch lohnt es sich auch, über Formen nachzudenken, wie diese Menschen in den Genuss von Lebensmöglichkeiten kommen, ohne dass vorher rechtliche Änderungen durchgesetzt werden konnten. Öffentliche, für die Benutzer kostenlose Infrastruktur wäre jedenfalls eine solche Möglichkeit: Wer öffentliche Einrichtungen benutzt, wird in der Regel nicht nach Pass oder Aufenthaltsgenehmigung gefragt.

III. Prekarität und freie Entfaltung

Der Hinweis auf Migrantinnen mag als Beispiel stehen dafür, dass eine zunehmende Unsicherheit das Leben der meisten Menschen heutzutage prägt. Nicht nur Arbeitsplätze und Einkommen sind prekär, auch Berufe und soziale Sicherheiten, Wohnorte und Lebensgemeinschaften, überhaupt die Antwort auf die Frage, wie werde ich morgen leben, sind nicht mehr einfach gegeben. Dieser Zustand ist für viele sehr belastend, er zerstört Lebenschancen und tötet Menschen. Dennoch können wir ihn nicht einfach aus der Welt schaffen. Es gibt keinen Weg zurück zu sozialstaatlicher Sicherheit – die, nebenbei bemerkt, ja für die meisten Menschen weltweit ohnehin nie existierte mit Vollbeschäftigung.

Alle Antworten, die wir auf diesen Prozess der Verunsicherung, der Prekarisierung geben, müssen einen Zustand jenseits desselben, durch die Prekarität hindurch sozusagen, anstreben. Das ist vergleichbar der Situation von Marx und Engels Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie haben wie kaum jemand sonst damals das Elend der städtischen Bevölkerung beschrieben. Und dennoch wären sie nicht im Traum auf die Idee gekommen, zum wie sie es nannten „Idiotismus des Landlebens“ (Marx S. 466) zurückzukehren. Das emanzipatorische Potential im Stadtleben, die Befreiung aus persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen, war ihnen zentral und wollten sie unbedingt festhalten. Darum genau geht es auch heute.

Der Prekarisierungsprozess ist ja gleichzeitig Ausdruck davon, dass individuelle Entscheidungsmöglichkeiten und Gestaltungschancen für das eigene Leben zugenommen haben. Nicht zufällig haben in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als der Sozialstaat sich auf seinem Höhepunkt befand, massenhaft Jugendliche dessen Sicherheiten offensiv zurückgewiesen und vor allem eine Erweiterung ihrer Freiheitsspielräume gesucht. Bekommen haben sie neoliberale Vereinzelung und ökonomische Verunsicherung. Dennoch gilt es, die gewonnenen Freiheiten festzuhalten. Eine Rückkehr zur Arbeitsgesellschaft, in der der Wert eines Menschen an seiner Rolle im Arbeitsprozess gemessen wird, wäre ein Rückschritt jedweden Emanzipationsstrebens. Notwendig ist ein Zustand, in dem die Menschen Gesellschaft bilden, weil sie es wollen, weil die in ihr Lebenden freiwillig dazu übereingekommen sind. Damit, um nochmals den alten Mann aus Trier zu zitieren, „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ sein kann.

AG links-netz, Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsabbau? Umriss eines Konzepts von Sozialpolitik als Infrastruktur, unter:

http://www.links-netz.de/rubriken/R_infrastruktur.html

Althaus, Dieter, (11/8/2006), Das solidarische Bürgergeld, unter:

<http://www.d-althaus.de/index.php?id=52>

Attac AG genug-fuer-alle, Vortrag unter:

<http://www.attac.de/genug-fuer-alle/neu/pages/downloads.php>

attac Deutschland, Die Finanzmärkte untergraben unser Rentensystem. Gegen die Abschaffung einer solidarischen Rentenversicherung, unter:

http://www.attac.de/archiv/0011werner_rente.php

Dieckman, Martin, Die Moral von der Geschicht'. Vom individuellen Abwehrrecht zum Entfaltungsrecht?, in: express nr. 11 – 12, 2000, S. 14-15

Dieckmann, Martin, Der Grund der Rechte, in: ak - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 502 / 20.1.2006, S. 8 – 9

Fromm, Erich, Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, Auszug unter

<http://www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm>

Goetz, André, Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich 2004

Jacks, Philipp, Grundeinkommen und Grundsicherung: "Konzeptionelle Ansätze von allgemeiner Grundsicherung", Frankfurt 2006, Kapitel 6.5.

Engels, Friedrich/Marx, Karl, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Band 4, Berlin 1983, S. 459 – 493

Rätz, Werner, Es ist wirklich genug für alle da, in: Gerntke/Rätz/Schäfer, Einkommen zum Auskommen, Hamburg 2004, S. 83 – 93

Ders., Hartz IV überwinden – Perspektiven sozialen Protestes aus Sicht von attac Deutschland, in: Die Linke im Bundestag, Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Strategien zur Überwindung von Hartz IV, Berlin 2006, S. 57 – 59

Roth, Karl Heinz, Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg 2005

Seibert, Thomas/Rätz, Werner, Fünfzehn Thesen zur vorläufigen Beantwortung der Frage, wie man in nahezu aussichtsloser Lage wenigstens eine andere Richtung einschlägt, in: Exner, Andreas et aliae, Losarbeiten – Arbeitslos?, Münster 2005, S. 254 – 262

Wichterich, Christa, Zur Demokratisierung von Arbeitsteilung und Arbeitsbewertung, in: Exner et aliae, a.a.O., S. 32 – 40